

Nichts als heiße Luft:

Der Ausbildungspakt

Am 16. Juni 2004 haben Vertreter der Wirtschaft und der damalige Bundeswirtschaftsminister Wolfgang Clement (SPD) den "Nationalen Pakt für Ausbildung und Fachkräftenachwuchs in Deutschland" - kurz Ausbildungspakt - geschlossen. Inoffiziell wollten Politik und Wirtschaft die lästige Ausbildungsplatzabgabe verhindern. Offizielles Ziel dabei war, dass jeder Mensch, der am Anfang des Berufslebens steht, eine Perspektive erhält. Es sollte eine Trendumkehr auf dem Ausbildungsmarkt stattfinden.

Um diese Trendumkehr herbeizuführen, hat die Wirtschaft zugesagt, während der dreijährigen Dauer dieses Paktes, im Jahresdurchschnitt 30.000! (!) neue Ausbildungsplätze zu schaffen. Zusätzlich sollten 25.000 Plätze für betrieblich durchgeführte Einstiegsqualifikation bereitgestellt werden.

Erreicht werden sollte dieses Ziel mit Hilfe verschiedener Fördermaßnahmen, deren Sinn zum Teil recht fraglich ist.

Zum Beispiel die so genannte Einstiegsqualifizierung: Das sind sechs- bis zwölfmonatige Praktika in Betrieben, bei denen der Staat den Praktikanten ein Gehalt von bis zu 192 Euro im Monat bezahlt. Arbeitgeber, die diese Praktikanten einstellen, bekommen die Sozialversicherungsbeiträge erstattet. Kein Wunder also, dass sich die Arbeitgeberverbände dazu bereit erklärt haben 25.000 solcher Einstiegsqualifizierungen zu schaffen. Im Grunde ist es nichts anderes als ein normales Praktikum. Der Unterschied hierbei ist allerdings, dass die Zeit angerechnet werden kann, falls ein Betrieb den so getesteten Jugendlichen als Azubi übernimmt. Die Politiker freuen sich. Verschwinden auf diesem Wege doch wieder ein paar Jugendliche mehr aus der Statistik, welche alles andere als rosig aussieht.

Wird der Pakt doch von politischer Seite als Erfolg gefeiert, sprechen die Zahlen eine andere Sprache. Vier Prozent weniger neue Lehrverträge in 2005 und eine im Jahresschnitt um 108.000 höhere Jugendarbeitslosigkeit sind nun wirklich kein Grund zum feiern. Es wird sogar von der schlechtesten Bilanz der vergangenen zehn Jahre gesprochen. Und die Situation, davon kann man ausgehen, wird sich weiter verschärfen.

"Ich meine, dass dieser Pakt die Erwartung, die wir in ihn gesetzt haben, erfüllt hat. Er hat vor allem Jugendliche eine konkrete berufliche Perspektive vermitteln können."
Wolfgang Clement (SPD), Oktober 2005

Oktober bis Mai-Folgejahr	2003/2004	2005/2006
gemeldete Lehrstellen	409.551	362.475
gemeldete Bewerber	612.252	626.154



Stadt Herford

Ein Vorbild in Sachen Ausbildung

Der Herforder Stadtrat, der in den MARTa-Moloch nunmehr 30, 5 Millionen Euro steckte, zeigte sich am 16. Mai 2006 geizig.

Es ging eben nicht um Vorzeigeprojekte wie MARTa, Elsbachbau, Linnenbauerplatz oder Wall - nein, es ging um zusätzliche Ausbildungsplätze im Stadtkonzern (Stadtverwaltung, Stadtwerke, Kulturbereich...).

Die Grünen, die anscheinend seit kurzem ihr "Herz" für die Jugend wiederentdeckt haben, hatten angesichts der miesen Lage auf dem Ausbildungsmarkt die Stadt aufgefordert zusätzliche Ausbildungsplätze zu schaffen. Dies wurde von SPD und CDU abgelehnt und als populistisch und unredlich (!) zurückgewiesen.

Angeblich, so die Ratsmehrheit, gäbe es keine Kapazitäten, außerdem werde sowieso schon über Bedarf ausgebildet. Tatsächlich werden vom „Konzern-Stadt“ mit seinen 1030 Mitarbeitern 65 Ausbildungsplätze zur Verfügung gestellt - 7 weniger als das ursprünglich geplante Gesetz zur Ausbildungsplatzabgabe als Untergrenze vorgeschrieben hätte.

1-Euro-Jobs statt Ausbildungsplätze

Im Gegensatz dazu hat die Stadt große Kapazitäten für 1,50-Euro-Kräfte. Die Stadt schön sauber halten, in der Verwaltung, in Schulen oder im MARTa Museum arbeiten - als billige Arbeitskräfte sind die arbeitslosen Jugendlichen willkommen.

Dabei gehört es zu den großen Hartz-IV-Märchen, dass die zwangsverpflichteten Arbeitslosen nur „zusätzliche“, „gemeinnützige“ Tätigkeiten ausführen. Wer hat denn eigentlich früher die Stadt sauber gehalten? Gab es früher etwa keine Stadtreinigung mit ordentlich bezahlten Beschäftigten?

Bei einer Stadtverwaltung, die stolz darauf ist, dass sie durch ihre Umstrukturierung weniger Steuern zahlt, kann man wohl auch nicht erwarten, dass sie im Interesse des „Gemeinwohls“, sprich zu Gunsten von arbeitslosen Jugendlichen, Ausbildungsplätze schafft. Da wirft sie doch lieber beidhändig das Geld für Prestigeprojekte heraus.

Zahlen zur Ausbildungsplatzsituation:

Stand 31.05.2006

Herford 2005/2006

gemeldete Stellen:	1.931
unbesetzte Stellen:	605
gemeldete Bewerber:	4.212
nicht Vermittelte:	2.459
Arbeitslose unter 25:	3.909

Bundesweit 2005/2006

gemeldete Stellen:	362.475
unbesetzte Stellen:	134.418
gemeldete Bewerber:	626.154
nicht Vermittelte:	354.545

Eindeutige Zahlen,

sollte man zumindest meinen. Aber Irrtum! Politik und Wirtschaft schaffen es immer wieder die desolante Ausbildungsplatzsituation klein zu reden. Alljährlich im Frühjahr wird verkündet, dass nahezu alle Jugendlichen "versorgt" seien.

Wie diese Versorgung aussieht wissen wir alle:

Hunderttausenden von Jugendlichen bleibt nichts anderes übrig als in schulischen Maßnahmen - meilenweit entfernt vom eigentlichen Berufswunsch - Warteschleifen einzulegen.

Andere haben sich der Generation Praktika angeschlossen und hoffen über Betriebspraktika einen Ausbildungsplatz zu bekommen. Oft sind Betriebspraktika für die Firmen nichts anderes als eine unerschöpfliche Quelle für billige Hilfskräfte.

Besonders dumm hat es die erwischt, die als Hartz-IV-EmpfängerInnen einen 1,50-Euro-Job annehmen müssen. Die Vermittlungsquoten aus 1,50-Euro-Jobs heraus ist gleich null. Einzig die Anbieter von diesen Jobs haben Spaß ohne Ende. Sie kriegen erstmal umsonst Arbeitskräfte und kassieren obendrein auch noch 300 Euro pro Beschäftigtem. Gleichzeitig verdrängen diese Jobs ehemals vollwertig bezahlte Jobs und tragen damit weiter zur Arbeitslosigkeit bei. Ebenfalls belegen die Zahlen eindeutig, dass die immer wieder propagierte freie Berufswahl eine Farce ist. Uns soll mal jemand erklären, was es bei 100 BewerberInnen auf 45 Ausbildungsstellen zu wählen gibt!